

Brüssel, den 29. Oktober 2026
(OR. en)

15163/26

DEVGEN 178	COEST 806
ACP 106	SAN 745
RELEX 1432	GENDER 163
MIGR 334	CLIMA 602
SUSTDEV 89	ENER 723
COHOM 142	MAMA 262
COAFR 354	MOG 231
COASI 201	NDICI 23
DIGIT 283	COWEB 140
COLAC 140	

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	29. Oktober 2026
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2026) 588 final
Betr.:	BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT Jahresbericht 2026 über die Anwendung der Instrumente der Europäischen Union für das auswärtige Handeln im Jahr 2025

Die Delegationen erhalten als Anlage das Dokument COM(2026) 588 final.

Anl.: COM(2026) 588 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 29.10.2026
COM(2026) 588 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

**Jahresbericht 2026 über die Anwendung der Instrumente der Europäischen Union für
das auswärtige Handeln im Jahr 2025**

{SWD(2026) 324 final}

Inhaltsverzeichnis

VORBEMERKUNG	2
GlobALES ENGAGEMENT	4
Die Reaktion der EU auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine	4
Die EU: ein globaler Akteur	5
Global Gateway	6
Humanitäre Hilfe	7
THEMATISCHER ÜBERBLICK	8
Menschliche Entwicklung	8
Energiewende und Klimaresilienz	8
Digitalisierung, Wissenschaft, Technologie, Innovation und Infrastruktur	9
Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung	10
Migration, Flucht und Vertreibung	11
Demokratische Staatsführung und Menschenrechte, Frieden und Sicherheit	12
GLOBALE REICHWEITE	14
Subsahara-Afrika	14
Asien und Pazifik-Region	15
Amerika und karibischer Raum	15
EU-Erweiterung (Westbalkan, Türkei, Ukraine, Republik Moldau, Georgien)	16
Europäische Nachbarschaft	17
Östliche Nachbarschaft	17
Südliche Nachbarschaft und Naher Osten/Golfregion	18
Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG)	18

VORBEMERKUNG

Das Jahr 2025 war von tiefgreifenden, oft unvorhersehbaren Veränderungen auf der gesamten Welt geprägt. Die Folgen der anhaltenden Kriege in der Nachbarschaft wurden für die Bürgerinnen und Bürger immer spürbarer. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hatte mit der Zunahme hybrider Kampagnen, die auf die Untergrabung der europäischen Sicherheit abzielen, weiterhin auch Auswirkungen auf die Europäische Union. Angesichts der wachsenden Instabilität bleibt es erforderlich, dass die Europäische Union mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und Verteidigung übernimmt, ihre Interessen in der ganzen Welt proaktiv verteidigt und ihre Anstrengungen zur Bewältigung globaler Herausforderungen, zum Schutz der Menschenrechte und zur Stärkung des Multilateralismus intensiviert.

Die EU hat ihren Ansatz kontinuierlich hin zu beiderseitig vorteilhaften, gleichberechtigten Partnerschaften verlagert, mit der doppelten Zielsetzung, sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb der EU die Resilienz und Autonomie zu stärken. Ein Schlüsselinstrument für diesen Ansatz ist die Global-Gateway-Strategie. Global Gateway ermöglicht es der EU, ihre Ressourcen dort zu konzentrieren, wo nachhaltige Entwicklung am wirksamsten unterstützt werden kann, und gleichzeitig ihre Interessen zu schützen. Damit wurden konkrete Auswirkungen erzielt, die sich sowohl in der Quantität als auch in der Qualität der Initiativen niedergeschlagen haben.

Damit die EU eine maximale Wirkung in der Welt erzielen kann und ihre Ressourcen und Kompetenzen bestmöglich genutzt werden, haben sich die EU-Institutionen, die EU-Mitgliedstaaten und Finanzinstitutionen als „Team Europa“ zusammengeschlossen. Dieses Konzept ist zu einem integralen und zentralen Bestandteil des Instrumentariums für das auswärtige Handeln geworden, sei es im Rahmen von Global Gateway, in fragilen Kontexten, bei der humanitären Hilfe und dem Katastrophenschutz oder beim multilateralen Engagement. Das Netz der EU-Delegationen, die im Rahmen von „Team Europa“ eng mit den EU-Mitgliedstaaten und den europäischen Finanzinstitutionen zusammenarbeiten, spielt weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Gewährleistung einer starken und kohärenten Präsenz vor Ort.

Das auswärtige Handeln der EU im Jahr 2025 lässt sich in vier Bereiche unterteilen, die als einander ergänzende Säulen verstanden werden können: Verteidigung von Frieden und Sicherheit, Förderung der Erweiterung, Sicherung von Wohlstand, wirtschaftlicher Sicherheit und Resilienz sowie Stärkung des Multilateralismus und der globalen Solidarität. Bei den Instrumenten des auswärtigen Handelns der EU wurde weiterhin ein schneller, flexibler und integrierter Ansatz zur Reaktion auf Krisen und geopolitische Schocks mit den höchsten Standards für eine wirtschaftliche Haushaltsführung kombiniert.

Dieser Bericht befasst sich mit der Arbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich aller vier Säulen einschließlich der Arbeit zum Ausbau von Partnerschaften im Einklang mit unseren europäischen Werten sowie mit unseren Maßnahmen in einer Vielzahl von Bereichen, von der Armutsbeseitigung und der nachhaltigen Entwicklung bis hin zu Freihandel, Sicherheit, Frieden und Stabilität, Migration, der Förderung der Menschenrechte, der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle der Frau, dem Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und der Linderung von Leid. Mit den EU-Initiativen wurden außerdem Partnerländer bei der Bekämpfung des Klimawandels und beim

Schutz der biologischen Vielfalt unterstützt, was von den stetigen Bemühungen der EU um Erfüllung ihrer globalen Verpflichtungen zeugt.

Die Europäische Union ist am stärksten, wenn wir zusammenhalten. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir neben unserer großen Bandbreite an Projekten und außenpolitischen Instrumenten weiterhin im Rahmen von „Team Europa“ solide und nachhaltige Ergebnisse anstreben und erzielen.



Hohe Vertreterin
Kommissionsmitglied
/Vizepräsidentin
KAJA KALLAS
Außen- und
Sicherheitspolitik



DUBRAVKA ŠUICA
Mittelmeerraum



MARTA KOS
Erweiterung



Kommissionsmitglied
JOZEF SÍKELA
Internationale



Kommissionsmitglied
HADJA LAHBIB
Gleichberechtigung,
Partnerschaften Krisenvorsorge und
-management

GLOBALES ENGAGEMENT

Die Reaktion der EU auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

Der groß angelegte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursacht auch weiterhin menschliches Leid, massenhafte Vertreibung und die großflächige Zerstörung von kritischer ziviler Infrastruktur und Energieinfrastruktur. Gleichzeitig werden die europäische und die globale Sicherheitsordnung untergraben und die Gefahren für die Nahrungsmittel- und Energieversorgung sowie die Wirtschaft weit über die Region hinaus verschärft.

Bis Ende 2025 haben die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten der Ukraine insgesamt rund 193,3 Mrd. EUR an Unterstützung zur Verfügung gestellt, darunter 69,3 Mrd. EUR an militärischer Unterstützung, mehr als 103,3 Mrd. EUR an finanzieller, wirtschaftlicher und humanitärer Unterstützung, 3,7 Mrd. EUR aus Erlösen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten und 17 Mrd. EUR zur Unterstützung von Kriegsflüchtlingen.

Eine zentrale Säule der Reaktion der EU im Jahr 2025 war die Ukraine-Fazilität, ein spezielles Instrument, mit dem eine vorhersehbare und flexible Unterstützung in Höhe von bis zu 50 Mrd. EUR für die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine bereitgestellt werden soll und das reformgebundene Finanzhilfen und Darlehen mit einer Investitionskomponente, dem Investitionsrahmen für die Ukraine, kombiniert. Dabei gewährt die EU Unterstützung in Höhe von 9,5 Mrd. EUR, während bis zu 40 Mrd. EUR an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisiert werden sollen. Bis Ende 2025 wurden im Rahmen dieser Maßnahme bis zu 6,9 Mrd. EUR für Programme zur Unterstützung kleiner Unternehmen, vom Krieg betroffener Gemeinschaften, kritischer Infrastruktur sowie des grünen und digitalen Wandels bereitgestellt.

Im Jahr 2025 hat die EU, anknüpfend an die Zusagen der Staats- und Regierungschefs der G7 und auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission, ein Finanzhilfepaket in Form eines außerordentlichen Makrofinanzhilfedarlehens in Höhe von 18,1 Mrd. EUR verabschiedet und ausgezahlt. Als Teil des Pakets wird ein Kooperationsmechanismus bei Darlehen durch außerordentliche Einnahmen aus eingefrorenen staatlichen Vermögenswerten Russlands finanziert. Darüber hinaus einigten sich die EU-Mitgliedstaaten im Dezember 2025 darauf, der Ukraine für 2026 und 2027 ein Darlehen in Höhe von 90 Mrd. EUR auf der Grundlage von EU-Anleihen zu gewähren, die durch den Handlungsspielraum im EU-Haushalt abgesichert sind.

Im Laufe des Jahres 2025 hat die EU weitere Pakete restriktiver Maßnahmen (Sanktionen) beschlossen, um die Fähigkeit Russlands zur Finanzierung des Krieges einzuschränken und die wirtschaftliche Basis des Landes zu schwächen, etwa durch die Beschränkung des Zugangs Russlands zu Waffentechnologien und die Begrenzung der russischen Energieeinnahmen.

Sanktionen und Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland waren ein weiterer Schwerpunkt der Reaktion der EU, wobei der REPowerEU-Plan und die damit verbundenen Rechtsvorschriften zu einer drastischen Verringerung der Einfuhren aus Russland in die EU führten.

Die Ukraine blieb das bislang größte Projekt im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union, wobei das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen 39 aktualisierte Hilfsersuchen aus der Ukraine bearbeitete. Allein im Jahr 2025 stellte die EU insgesamt 220 Mio. EUR an humanitärer Hilfe bereit, um das Leid der ukrainischen Bevölkerung zu lindern. Die Geltungsdauer der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz von Geflüchteten aus der Ukraine wurde bis März 2027 verlängert.

Die EU: ein globaler Akteur

Im Jahr 2025 agierte die EU in einem zunehmend angespannten und komplexen internationalen Umfeld, das durch Krieg in der Nähe ihrer Grenzen, eskalierende regionale Konflikte, Unterbrechungen der Handelswege, die Intensivierung des geopolitischen und geoökonomischen Wettbewerbs und die Verschärfung von Klima- und Umweltkrisen gekennzeichnet war. Rückschritte bei der Demokratie, Verstöße gegen das Völkerrecht, darunter auch gegen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht, Desinformation, ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie zunehmender Druck auf das multilaterale System und die regelbasierte internationale Ordnung haben die globale Stabilität weiter untergraben.

Die Reaktion der EU auf diese weltweiten Entwicklungen im Jahr 2025 beruhte auf vier einander verstärkenden Säulen: Verteidigung von Frieden und Sicherheit, Förderung der Erweiterung, Sicherung von Wohlstand und Resilienz durch nachhaltige und sichere wirtschaftliche Verbindungen sowie Stärkung des Multilateralismus und der globalen Solidarität. Dauerhafter Frieden, Sicherheit und Wohlstand hängen von einer effektiven, regelbasierten internationalen Ordnung ab.

Im Jahr 2025 hat die EU die Umsetzung ihrer Sicherheits- und Verteidigungsagenda durch einen integrierten Ansatz zur Bewältigung vielschichtiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen weiter vorangetrieben, indem sie die starke militärische Unterstützung für die Ukraine aufrechterhielt, ihre Rolle durch Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Europäische Friedensfazilität stärkte, die Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen und Cybergefahren verbesserte sowie Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften ausbaute.

Angesichts dessen, dass wechselseitige Abhängigkeit zunehmend als Waffe eingesetzt wird, war die Union 2025 bestrebt, kritische Abhängigkeiten zu verringern und gleichzeitig einen offenen und regelbasierten Handel zu wahren. Die EU skizzierte einen stärker proaktiven, effizienteren Ansatz zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Sicherheit¹. Wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz werden im auswärtigen Handeln immer wichtiger. Vor diesem Hintergrund verfolgt die EU einen außenwirtschaftspolitischen Kurs, der Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Partnerschaften miteinander verbindet und ihre Handels- und Partnerschaftsagenda mit wichtigen Regionen und gleich gesinnten Partnern weltweit stärkt. Die Global-Gateway-Strategie hat sich zu einem wesentlichen Rahmen für die Umsetzung dieser Agenda entwickelt.

Aufbauend auf der Charta der Vereinten Nationen, der Agenda 2030 und dem „Pakt für die Zukunft“ der Vereinten Nationen hat die EU ihr Engagement für Multilateralismus, globale Solidarität, den Schutz der Menschenrechte und die Anwendung humanitärer Grundsätze weiter intensiviert. Im Jahr 2025 unterstützte die EU aktiv die UN80-Initiative des VN-Generalsekretärs, bietet sie doch eine Gelegenheit, die Wirksamkeit, Kosteneffizienz und Kohärenz der Vereinten Nationen zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Organisation fähig bleibt, im Rahmen ihrer drei Säulen Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und Entwicklung Ergebnisse zu erzielen.

Zudem rückte die EU im Jahr 2025 die Ozeane noch stärker als strategische Priorität ihres auswärtigen Handelns in den Vordergrund, unter anderem durch die Verteidigung der Integrität des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen als Rechtsrahmen für alle meeresbezogenen Aktivitäten. Auf der dritten Ozeankonferenz der Vereinten Nationen legte die EU mehr als

¹ JOIN(2025) 977 final.

50 freiwillige Verpflichtungen im Wert von fast 1 Mrd. EUR vor, mit denen die internationale Gemeinschaft veranlasst werden soll, Maßnahmen zum Schutz der Weltmeere zu beschleunigen, insbesondere im Hinblick auf das Inkrafttreten des Hochseevertrags.

Gemeinsam waren die EU und ihre Mitgliedstaaten auch 2025 der größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe: Vorläufigen Daten der OECD zufolge stellten sie 82,5 Mrd. EUR und somit 48 % der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe² bereit. Allerdings ist das weltweite Gesamtaufkommen an öffentlicher Entwicklungshilfe deutlich rückläufig, was vor allem auf das stark nachlassende Engagement der USA zurückzuführen ist.

Mit der Veröffentlichung der ersten Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen zur Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen von Gebieten in äußerster Randlage der EU, in überseeischen Ländern und Gebieten und in den an INTERREG-Programmen teilnehmenden Nicht-EU-Ländern wurden die Bemühungen um eine engere Koordinierung der Außen- und Kohäsionsmittel der EU erheblich intensiviert.

Global Gateway

Die EU hat Global Gateway, ihre weltweite Investitionsstrategie zum Aufbau beiderseits vorteilhafter Partnerschaften und zur Mobilisierung öffentlicher und privater Ressourcen, weiter ausgebaut. Damit soll die globale Investitionslücke geschlossen und die Umsetzung der Agenda 2030 sowie das Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) unterstützt werden.

Bis 2025 hatten die EU, ihre Mitgliedstaaten und europäische Finanzinstitutionen mehr als 306 Mrd. EUR an Global-Gateway-Investitionen mobilisiert, was deutlich über dem für 2027 angestrebten Ziel von 300 Mrd. EUR liegt. Auch im Jahr 2025 blieb das Konzept „Team Europa“ von zentraler Bedeutung für eine koordinierte Umsetzung von Investitionspaketen mit hoher Wirkung.

Die Global-Gateway-Investitionsplattform³ für Subsahara-Afrika, Lateinamerika und den karibischen Raum sowie den asiatisch-pazifischen Raum wurde im Oktober 2025 als zentrale Plattform zur Optimierung und Verstärkung des privatwirtschaftlichen Engagements ins Leben gerufen, die es EU-Unternehmen ermöglicht, über Team Nationals⁴ in den EU-Mitgliedstaaten Investitionsvorschläge einzureichen. Die Wirtschaftsberatungsgruppe für Global Gateway hat die Zusammenarbeit mit dem europäischen Privatsektor weiter gestärkt.

In Nordafrika und im Nahen Osten bildet der im Oktober 2025 vorgestellte Pakt für den Mittelmeerraum den neuen politischen Rahmen für Global Gateway in der Region. Im Jahr 2025 wurden Investitionen in Höhe von 662 Mio. EUR genehmigt, die voraussichtlich weitere Investitionen von mehr als 7 Mrd. EUR nach sich ziehen werden, wodurch sich die Summe der im südlichen Mittelmeerraum zwischen 2021 und 2025 mobilisierten Mittel auf insgesamt 30 Mrd. EUR belaufen wird. Im Westbalkan, in der Türkei und in der Östlichen Nachbarschaft wurden zwischen 2021 und 2025 erwartete Investitionen in Höhe von fast 40 Mrd. EUR mobilisiert.

² Unter „weltweite öffentliche Entwicklungshilfe“ wird hier die von der EU insgesamt und von allen anderen Geberländern bereitgestellte öffentliche Entwicklungshilfe verstanden.

³ https://international-partnerships.ec.europa.eu/investment-hub_de.

⁴ Interne ressortübergreifende Koordinierungsmechanismen für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor.

Humanitäre Hilfe

Im Jahr 2025 wurde mit der humanitären Hilfe und dem Katastrophenschutz der EU auf einen außergewöhnlich hohen weltweiten Bedarf reagiert. Die EU ist ein prinzipienorientierter Geber, der sich von den humanitären Grundsätzen der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit leiten lässt. Gemeinsam stellen die EU und ihre Mitgliedstaaten den größten Anteil der weltweiten humanitären Hilfe (34 % im Jahr 2025), wobei die EU im Jahr 2025 mehr als 2,57 Mrd. EUR für bedarfsorientierte humanitäre Hilfe in 110 Ländern bereitstellte, während über 245 Mio. EUR für das Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM) und die damit verbundenen Kapazitäten zur Verfügung standen.

Die weltweite Hungerkrise ist nach wie vor kritisch. Weltweit waren 295 Millionen Menschen von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Im Gazastreifen und im Sudan wurde eine Hungersnot bestätigt. Vor diesem Hintergrund wurden von der EU rund 600 Mio. EUR für humanitäre Ernährungshilfe bereitgestellt.

Die Hauptursachen der aktuellen humanitären Krisen sind Konflikte, Unsicherheit und die Auswirkungen des Klimawandels. In den heutigen bewaffneten Konflikten sind Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht nach wie vor weitverbreitet. Vor dem Hintergrund zunehmender Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und wachsender Hindernisse für den Zugang zu grundsatzorientierter humanitärer Hilfe hat die Kommission auch im Jahr 2025 finanzielle und andere Unterstützung geleistet, um die Bedingungen für grundsatzorientierte humanitäre Hilfe zu verbessern.

Mit der in ReliefEU umbenannten Europäischen Kapazität für humanitäre Hilfe wurde strategische logistische Unterstützung in Form humanitärer Luftbrückenoperationen, der Schaffung von Vorräten sowie Lagerung und Transportdienstleistungen gewährt. Im Jahr 2025 wurde über ReliefEU in enger Zusammenarbeit mit humanitären Partnern und dem Katastrophenschutzverfahren der Union humanitäre Hilfe in Krisen- und Konfliktgebieten wie Gaza, Sudan, der Demokratischen Republik Kongo und Myanmar geleistet. Über 110 Mio. EUR wurden im Jahr 2025 für ReliefEU-Maßnahmen bereitgestellt, mit denen in Reaktion auf 20 Krisen in 18 Ländern insgesamt 6 780 metrische Tonnen Hilfsgüter geliefert wurden.

Die externen Aspekte des Katastrophenschutzes sind integraler Bestandteil der Reaktion der EU auf Notsituationen und ergänzen die humanitäre Hilfe sowie die Entwicklungszusammenarbeit durch rasche, koordinierte Unterstützung bei Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen auf der ganzen Welt. Das Katastrophenschutzverfahren der Union wurde beispielsweise in Reaktion auf den Ebola-Ausbruch in der Demokratischen Republik Kongo, die schweren Überschwemmungen in Cabo Verde und das Erdbeben der Stärke 7,7 in Myanmar im März 2025 aktiviert.

THEMATISCHER ÜBERBLICK

Menschliche Entwicklung

Die Armutsbeseitigung stand weiterhin im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission. Derzeit leben rund 10,3 % der Weltbevölkerung unterhalb der mit 3 USD pro Tag angegebenen Grenze für extreme Armut. Zwischen 2021 und 2024 wurden 8,1 % der von der EU finanzierten öffentlichen Entwicklungshilfe (über 26,6 Mrd. EUR) direkt für das Nachhaltigkeitsziel 1 zur Beseitigung der Armut eingesetzt.

Humanitäre Maßnahmen im Gesundheitsbereich sind nach wie vor von entscheidender Bedeutung, um Leben zu schützen und Entwicklungserfolge zu sichern. Im Jahr 2025 stellte die EU rund 400 Mio. EUR für humanitäre Hilfe im Gesundheitsbereich bereit – eine Rekordsumme. Schwerpunkte waren die Stärkung der Gesundheitssysteme und der Epidemievorsorge sowie die Förderung der grundlegenden und allgemeinen Gesundheitsversorgung, einschließlich der Gesundheit von Frauen, womit auch auf die zunehmend schwierigen globalen Bedingungen bei der Finanzierung des Gesundheitsbereichs und den steigenden Bedarf in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern reagiert wurde.

Die EU hat ihre Rolle als weltweit führender Unterstützer bei der Förderung hochwertiger Bildung als Menschenrecht und Motor für nachhaltige Entwicklung gefestigt und unterstützt Maßnahmen in etwa 70 Partnerländern. Erasmus+ trug durch Kooperationsprojekte mit Hochschuleinrichtungen, Berufsbildungs- und Jugendorganisationen (177,1 Mio. EUR im Jahr 2025) sowie durch Stipendien zur Förderung der Mobilität von Hochschulpersonal und Studierenden (260,9 Mio. EUR) zum Kapazitätsaufbau und zur Kompetenzentwicklung bei.

Im Jahr 2025 hat die EU die Gleichstellung der Geschlechter im Einklang mit dem EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP) III⁵ als bereichsübergreifende Priorität in ihrem auswärtigen Handeln weiter konsolidiert, unter anderem durch die konsequente Umsetzung des Prinzips „für Frauen von Frauen“ in allen von der EU finanzierten Programmen zur Deckung der Grundbedürfnisse und zur Sicherung der Existenzgrundlagen in Afghanistan. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass Frauen die Hilfe tatsächlich erhalten und eine wichtige Rolle im Umsetzungsprozess spielen.

Fast die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu einer sicheren Sanitärversorgung. Im Jahr 2025 unterstützte die EU weiterhin nachhaltige Maßnahmen im Bereich der Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung im Einklang mit der 2025 angenommenen Europäischen Wasserresilienzstrategie⁶, einschließlich langfristiger Global-Gateway-Investitionen in rund 50 Ländern, wobei der Privatsektor mobilisiert und humanitäre Krisenhilfe geleistet wurde.

Energiewende und Klimaresilienz

Im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris, dem europäischen Grünen Deal⁷ und der Global-Gateway-Strategie⁸ unterstützte die EU die Partnerländer weiterhin bei der Verbesserung des Zugangs zu nachhaltiger Energie, der Dekarbonisierung und der Anpassung an den Klimawandel. Schwerpunkte

⁵ JOIN(2020) 17 final: https://international-partnerships.ec.europa.eu/system/files/2021-01/join-2020-17-final_en.pdf.

⁶ COM(2025) 280: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52025DC0280>.

⁷ Der europäische Grüne Deal – Europäische Kommission.

⁸ JOIN(2021) 30: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52021JC0030>.

des auswärtigen Handelns waren der Ausbau der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Stärkung der regionalen Energiekonnektivität, wobei es galt, die Entstehung oder Verstärkung von Abhängigkeiten zu vermeiden. Zudem wurden Maßnahmen in den Bereichen Klimaresilienz und Katastrophenvorsorge unterstützt.

Die Umsetzung der afrikanisch-europäischen Initiative für grüne Energie brachte weitere Ergebnisse. Zudem stand die EU gemeinsam mit Südafrika an der Spitze einer einjährigen Kampagne⁹ zur Mobilisierung von Investitionen in erneuerbare Energien in Afrika, in deren Rahmen 15,5 Mrd. EUR mobilisiert werden konnten, darunter 15,1 Mrd. EUR durch „Team Europa“.

Die EU setzte sich weiterhin für eine kreislaforientierte und ressourceneffiziente städtische Wirtschaft ein. Im Jahr 2025 wurden durch globale Initiativen in mehr als 40 Ländern sowie durch regionale und nationale Initiativen in mehr als 80 weiteren Ländern in Afrika, Asien sowie in lateinamerikanischen und karibischen Staaten Maßnahmen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft unterstützt, die zu nachhaltigeren Produktions- und Verbrauchsmustern beigetragen haben. Der Schwerpunkt verlagerte sich vom Politikdialog zu Reformen, Partnerschaften und Investitionen, die den Partnerländern dabei helfen, den Ressourcendruck zu verringern, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfungsketten zu stärken, während gleichzeitig resiliente Wirtschaftsbeziehungen zur EU ermöglicht werden.

Die EU hat ihre Maßnahmen für nachhaltige und entwaldungsfreie Wertschöpfungsketten verstärkt. Durch DESIRA+ und damit zusammenhängende Agrar- und Lebensmittelprogramme wurden Wertschöpfungsketten für Kakao, Kaffee, Cashewnüsse und „vergessene Kulturen“ unterstützt, wodurch Kleinbauern mit den Märkten vernetzt, die Bodenqualität verbessert und die Agroforstwirtschaft gefördert wurden.

Im Bereich der kritischen Rohstoffe unterstützte die EU nachhaltige, sichere und widerstandsfähige Lieferketten, darunter auch Projekte, die zum Erreichen der Benchmarks der Verordnung zu kritischen Rohstoffen¹⁰ in Bezug auf Beschaffung, Verarbeitung, Recycling und Diversifizierung beitragen. Darüber hinaus wurde eine spezielle Fazilität für kritische Rohstoffe eingerichtet, um Projekte mit Abnehmern und Geldgebern zusammenzubringen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten spielen als weltweit größter Geber von Klimafinanzierung für Entwicklungsländer international eine führende Rolle auf diesem Gebiet. So wurden beispielsweise durch EFSD+-Garantien und Mischfinanzierungen Klimainvestitionen unterstützt, unter anderem durch Klimainvestitionsfonds, wobei mindestens 50 Infrastrukturprojekte für Klimaschutz und Klimaanpassung in Gange waren. Die EU-Beratungsplattform für ein nachhaltiges Finanzwesen unterstützte die Entwicklung von Rahmenbedingungen für grüne Anleihen, um privates Kapital für klimafreundliche Investitionen zu mobilisieren.

Digitalisierung, Wissenschaft, Technologie, Innovation und Infrastruktur

Im zweiten Halbjahr 2025 begann die EU mit der Umsetzung der im Juni 2025 angenommenen Gemeinsamen Mitteilung über eine internationale Digitalstrategie für die EU¹¹, in der eine umfassende Vision für einen für beide Seiten vorteilhaften digitalen Wandel dargelegt wird, untermauert durch

⁹ https://commission.europa.eu/topics/international-partnerships/global-gateway/energy-africa_de.

¹⁰ ABl. L, 2024/1252, 3.5.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1252/oj>.

¹¹ JOIN(2025) 140 vom 5. Juni 2025: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/joint-communication-international-digital-strategy-eu>.

ein integriertes EU-Technologieangebot für Unternehmen, das sichere Konnektivität, vertrauenswürdige künstliche Intelligenz (KI), Cybersicherheit, weltraumgestützte Dienste, vertrauenswürdige digitale Infrastruktur und digitale öffentliche Infrastruktur kombiniert.

In vielen Regionen wurden durch digitale Projekte im Rahmen der digitalen Säule von Global Gateway internationale Forschungs- und Innovationsökosysteme und Interessenträger unterstützt und mobilisiert, während spezielle Zentren und Plattformen den Wissensaustausch und technisches Fachwissen unterstützten, beispielsweise das EU-LAK-Hochleistungsrechnernetz.

Nachhaltiger Verkehr blieb ein zentraler Schwerpunkt des auswärtigen Handelns der EU, wobei eine umweltfreundlichere und widerstandsfähigere Konnektivität unterstützt wurde. Entlang der zwölf wichtigsten afrikanischen Korridore, des Transkaspischen Verkehrskorridors, des Korridors Indien-Naher Osten-Europa, in Asien, Lateinamerika und der Karibik sowie in Regionen der östlichen Nachbarschaft (z. B. in den Solidaritätskorridoren zwischen der Ukraine und Moldau und der EU) und in Regionen der südlichen Nachbarschaft wurden diverse Investitionen in den Bereichen Schienen-, Straßen- und Seeverkehr, städtische Mobilität, Logistikinfrastruktur und Luftverkehr getätigt.

Global Gateway trägt auch zur Dekarbonisierung des globalen Verkehrs bei. Hierfür werden gezielt grüne Investitionen und Initiativen wie die Leitinitiative für nachhaltige Flugkraftstoffe (mit Aktivitäten in Afrika und Indien), die Global Maritime Technology Cooperation Centres und die Initiative Green Shipping Corridors and Hubs genutzt, die Partnerländer bei der Umsetzung der Klimaziele der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation unterstützen.

Es wurde ein Frühphasen-Investitionsmechanismus ins Leben gerufen, um EU-Unternehmen in einem frühen Stadium von Projekten in den Bereichen nachhaltiger Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und KI Finanzhilfen zu gewähren und so dazu beizutragen, das Innovationsrisiko zu verringern und weitere Finanzmittel zu mobilisieren.

Auf multilateraler Ebene hat die EU die Umsetzung des Globalen Digitalpakts der Vereinten Nationen vorangetrieben und sich offen und konstruktiv am Globalen Dialog über KI-Governance beteiligt. Der 20-Jahres-Bericht des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft war ein wichtiger Meilenstein für die globale digitale Governance.

Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung

Im Jahr 2025 förderte die EU durch die Global-Gateway-Strategie und die europäische Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum, verbesserte die Rahmenbedingungen für Unternehmen und mobilisierte private Investitionen für hochwertige Arbeitsplätze. Bei den Maßnahmen im Außenbereich wurden Instrumente des Politikdialogs, der Budgethilfe und der Risikoteilung mit gezielten Maßnahmen zur Förderung von Kompetenzen, zur Unterstützung von Wertschöpfungsketten und für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln kombiniert.

Die Zusammenarbeit mit dem europäischen Privatsektor wurde ausgeweitet. Neben der Global-Gateway-Investitionsplattform und der Wirtschaftsberatungsgruppe für Global Gateway erleichterten die EU-Unternehmensforen die Vernetzung und den Abschluss von Vereinbarungen zwischen europäischen Unternehmen und Regierungen von Partnerländern.

Im Jahr 2025 wurden 20 neue EFSD+-Garantien¹² mit verschiedenen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen über einen Garantiebetrug von insgesamt mehr als 3 Mrd. EUR unterzeichnet, wobei die Umsetzung mit 63 im Jahr 2025 unterzeichneten Vorhaben bereits begonnen hat. Durch die im Jahr 2025 genehmigten Mischfinanzierungsmaßnahmen dürften Investitionen in Höhe von rund 18 Mrd. EUR generiert werden.

Bildungs- und Qualifizierungsprogramme (einschließlich der auf Chancen ausgerichteten Berufsbildung und Hochschulbildung) wurden zunehmend an die im Rahmen von Global Gateway priorisierten Sektoren angepasst. Als Beispiel können sechs neue, chancenorientierte Berufsbildungsprojekte genannt werden, die in mehreren afrikanischen Ländern auf den Weg gebracht wurden, um die Berufsbildung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abzustimmen.

Der systematische Einsatz von Markern in Bezug auf Geschlechtergleichstellung, Behinderung und Ungleichheiten trug dazu bei, dass bei Investitionen die Verteilungseffekte berücksichtigt, die wirtschaftliche Teilhabe und Inklusion von Frauen gefördert und unterversorgte Gemeinschaften vernetzt wurden.

Migration, Flucht und Vertreibung

Durch die Annahme interner Leitlinien und maßgeschneiderter Verfahren zur Verbesserung der Gestaltung, Ermittlung, Formulierung und Überwachung von Migrationsmaßnahmen und den Umgang mit mutmaßlichen Verstößen hat die EU in den Regionen ihren menschenrechtsbasierten Ansatz im Umgang mit Migration verstärkt. Die EU nutzte ihre Mittel zunehmend, um gemeinsam mit Partnerländern das Erreichen ihrer Migrationsziele zu fördern. Im Einklang mit der Europäischen Strategie für Asyl- und Migrationsmanagement¹³ führte die EU mit wichtigen Partnern Dialoge über strategische Partnerschaften, die alle Aspekte von Migration und Vertreibung abdecken und durch EU-Mittel unterstützt werden.

Dank der Stärkung unserer Migrationspartnerschaften ging die Zahl der Fälle irregulärer Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen im Jahr 2025 auf rund 179 000 zurück, ein Viertel weniger als 2024. Die Zahl der in der Union gestellten Asylanträge ging 2025 im Vergleich zu 2024 um rund 19 % zurück, was teilweise auf die verstärkte Zusammenarbeit mit Partnerländern zurückzuführen ist. So wurden beispielsweise aufbauend auf der 2024 angenommenen Migrationspartnerschaft mit Mauretanien alle Maßnahmen des mit 210 Mio. EUR ausgestatteten Unterstützungspakets umgesetzt, wodurch die Fähigkeit Mauretaniens, Migration und Vertreibung zu steuern und wirtschaftliche Chancen in den betroffenen Regionen zu schaffen, erheblich gestärkt wurde. Diese Mittel wurden auch durch den flexiblen Ansatz im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit mobilisiert, der sich erneut als entscheidend für die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich Migration erweist.

Die EU intensivierte auch ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels. Eine globale Maßnahme im Bereich der finanziellen und digitalen Dimension der Schleuserkriminalität trug zur Globalen Allianz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität bei und war Teil eines im Dezember 2025 angekündigten Finanzierungspakets in Höhe von 78 Mio. EUR.

¹² Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung plus.

¹³ Europäische Strategie für Asyl- und Migrationsmanagement, COM(2026) 45 final.

Etwa 5,8 Millionen Migranten, Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Angehörige von Aufnahmegemeinschaften wurden im Rahmen des aktuellen mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 geschützt oder mit EU-Mitteln unterstützt.

Im Jahr 2025 wurden rund 15 % der Mittel für humanitäre Hilfe für den Schutz bereitgestellt, wobei der Hauptanteil auf Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Krisenregionen wie der Ukraine, dem Gazastreifen, dem Sudan, Syrien, Afghanistan und dem Horn von Afrika entfiel. Rund 87 % der Mittel für humanitäre Hilfe wurden 2025 für Projekte bereitgestellt, die auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen und Vertriebenen ausgerichtet waren. Die EU setzte sich weiterhin für die Neuansiedlung und die Aufnahme aus humanitären Gründen ein und hielt ihre Unterstützung für den Notfall-Transfermechanismus in Ruanda und die Fazilität zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei aufrecht.

Demokratische Staatsführung und Menschenrechte, Frieden und Sicherheit

Neben vielen bilateralen und regionalen Maßnahmen wurden im Rahmen des thematischen Programms für Frieden, Stabilität und Konfliktverhütung des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiterhin Anstrengungen zur Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung sowie zum Kampf gegen globale und transregionale Bedrohungen unternommen¹⁴. Ende 2025 liefen 78 Maßnahmen zur Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Krisenvorsorge. Bei 18 weiteren, neuen Maßnahmen standen globale Aspekte von Frieden und Sicherheit im Mittelpunkt, und es wurden 14 neue Maßnahmen gegen globale Bedrohungen verabschiedet.

Die Terrorismusbekämpfung und die Prävention von gewaltbereitem Extremismus wurden durch Instrumente wie die „EU-UN Global Terrorism Threats Facility“¹⁵, über die unter anderem Irak, Usbekistan, Nigeria und Somalia gezielte Unterstützungspakete erhielten, und durch die multilaterale justizielle Zusammenarbeit mit der Liga der Arabischen Staaten gestärkt.

Wahlunterstützung und Wahlbeobachtung spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung friedlicher, inklusiver und glaubwürdiger Wahlprozesse. 2025 wurden umfassende Wahlbeobachtungsmissionen nach Bolivien, Ecuador, Guyana, Honduras, Kosovo*, Malawi und in die Philippinen, Wahlexpertenmissionen nach Kosovo, Irak und Suriname sowie Folgemissionen nach Kolumbien, Guatemala, Kenia, Lesotho, in die Malediven, nach Nigeria und Timor-Leste entsandt. Sie tragen dazu bei, demokratische Institutionen zu stärken, das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wahlprozesse zu erhöhen und Betrug, Einschüchterung und Gewalt zu verhindern.

In fragilen und konfliktbehafteten Situationen hat die EU ein flexibles und dynamisches Engagement aufrechterhalten, wobei sie eng mit lokalen Partnern, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie Jugend- und Frauenorganisationen zusammenarbeitet, um Resilienz aufzubauen und Frieden zu fördern, vorzugsweise im Rahmen des Konzepts „Team Europa“. Durch globale Initiativen zum Schutz des zivilgesellschaftlichen Raums, wie das EU-System für ein günstiges Umfeld, wurden Trends überwacht und zivilgesellschaftliche Kapazitäten in 80 Ländern aufgebaut.

Die EU hat ihren allgemeinen Sicherheits- und Verteidigungsansatz verstärkt, unter anderem durch Initiativen wie Bereitschaft 2030 und das Instrument für Sicherheitsmaßnahmen in Europa (SAFE). Die Europäische Friedensfazilität blieb für die sicherheitspolitische Reaktion der EU von zentraler

¹⁴ <https://science4peace.jrc.ec.europa.eu/#/Home/CET/Map>.

¹⁵ <https://www.un.org/counterterrorism/en/EU-UN-Global-Terrorism-Threats-Facility>.

* Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

Bedeutung, wobei jedoch darauf hinzuweisen ist, dass Ausgaben mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen außerhalb des EU-Haushalts finanziert werden. Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden zusätzlich zu Krisenreaktionsinstrumenten in allen Regionen organisiert, um die unmittelbaren und längerfristigen Folgen von Konflikten zu bewältigen, unter anderem im Nahen Osten, in Afrika und in Nachbarländern. Im Jahr 2025 wurde die Zusammenarbeit der EU mit Partnerländern durch den Abschluss von Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften mit dem Vereinigten Königreich und Kanada gestärkt.

Globale Reichweite

Subsahara-Afrika

Im Jahr 2025 haben die EU und Afrika ihre strategische Partnerschaft in den Bereichen Handel, Investitionen, Frieden und Sicherheit, ökologischer Wandel und Digitalisierung weiter konsolidiert. Die gemeinsame Vision für 2030¹⁶ diente weiterhin als Richtschnur für die Zusammenarbeit, wobei neben der Arbeit in den Bereichen Frieden, Sicherheit und Governance, Migration und Mobilität sowie wirksamer Multilateralismus das Global-Gateway-Investitionspaket Afrika-EU im Mittelpunkt stand. Das dritte Ministertreffen EU-Afrikanische Union (AU) und das siebte Gipfeltreffen AU-EU, das 2025 zusammen mit dem Wirtschaftsforum AU-EU und dem Forum für Organisationen der Zivilgesellschaft – Jugendforum stattfand, markierten den 25. Jahrestag der Partnerschaft. Die EU und die Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten haben ihre politische Zusammenarbeit intensiviert und weiter auf die Umsetzung des Samoa-Abkommens hingearbeitet.

Im Jahr 2025 blieb die EU Afrikas führender Partner in den Bereichen Handel, Investitionen, Frieden und Sicherheit, der wichtigste Geber öffentlicher Entwicklungshilfe und ein führender Geber humanitärer Hilfe. Der Handel der EU mit dem Kontinent erreichte einen Umfang von 360 Mrd. EUR, was 33 % des gesamten Handelsvolumens Afrikas entspricht. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der EU belief sich auf insgesamt 250 Mrd. EUR. Bis Ende 2025 belief sich die durch die Europäische Friedensfazilität geleistete Unterstützung der EU für afrikanische Länder auf insgesamt 400 Mio. EUR.

Die Unterstützung für die Operationalisierung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone wurde durch gezielte Maßnahmen in den Bereichen Handelserleichterungen, Zölle und Normen intensiviert. Mit der afrikanisch-europäischen Initiative für grüne Energie und der Kampagne zum Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika wurden die Arbeiten im Bereich der erneuerbaren Energien und der regionalen Stromintegration, darunter Netzmodernisierungen sowie Investitionen in Solar- und Windenergie, ausgeweitet. Das Programm NaturAfrica wurde in sechs prioritären Lebensraumregionen fortgesetzt, während die Partnerländer über Team-Europa-Initiativen für grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung und Kreislaufwirtschaft bei der Anpassung an den Klimawandel, der Verbesserung der Wasserversorgungssicherheit und der Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung unterstützt wurden.

Im Jahr 2025 konnte sowohl durch den Lobito-Korridor als auch durch den Douala-N'Djamena-Korridor, zwei Global-Gateway-Leitinitiativen, gezeigt werden, dass die Infrastruktur die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und Resilienz unterstützen kann, insbesondere in Binnengebieten und gefährdeten Gebieten. Dank einer starken Eigenverantwortung auf afrikanischer Seite und koordinierter Maßnahmen der EU, afrikanischer Partner, von Finanzinstitutionen und privaten Investoren verläuft die Umsetzung derzeit überaus erfolgreich.

Diese Bemühungen wurden durch humanitäre Hilfe ergänzt: Im Jahr 2025 reagierte die EU auf die weltweit größte Vertreibungskrise in Sudan (mit über 10 Mio. Binnenvertriebenen) und stellte als Reaktion auf die Krise mehr als 273 Mio. EUR (darunter allein mehr als 161 Mio. EUR in Sudan) sowie 157 Mio. EUR am Horn von Afrika für die Bekämpfung von Dürre, Ernährungsunsicherheit und Vertreibung bereit. Die EU engagiert sich auch weiterhin gegen Flucht und Vertreibung in der

¹⁶ https://www.consilium.europa.eu/media/54412/final_declaration-en.pdf.

zentralen Sahelzone sowie in der Region der Großen Seen, um angesichts von Epidemien und bewaffneter Gewalt medizinische Versorgung bereitzustellen.

Asien und Pazifik-Region

Im Jahr 2025 wurde die Zusammenarbeit der EU mit Ostasien, Südostasien und Südasien weiter vertieft und der in der EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum¹⁷ dargelegte umfassende regionale Ansatz konsolidiert, unter anderem durch die Förderung der Energiekonnektivität und der Partnerschaften für eine gerechte Energiewende.

Die Global-Gateway-Leitinitiative „Energy Connectivity in South Asia“ (Energieverbindungsleitungen in Südasien) zeigt, wie die EU nachhaltiges Wachstum, ökologischen Wandel und regionale Integration miteinander verbindet, indem sie die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Strommarkts unterstützt.

Ein wichtiger Meilenstein von Global Gateway war die Unterzeichnung des digitalen Korridors „Blue Raman“¹⁸ zwischen der EU, Afrika und Indien, mit dem eine resiliente Seekabelverbindung und eine sichere, diversifizierte globale Datenarchitektur gestärkt werden. Darüber hinaus hat die EU eine mit 42 Mio. EUR ausgestattete Initiative verabschiedet, um die Nutzung von Copernicus-Daten im Asien-Pazifik-Raum zu stärken und eine faktengestützte Entscheidungsfindung in den Bereichen Klima und Raumplanung zu unterstützen.

Auf dem ersten Gipfeltreffen EU-Zentralasien im April 2025 kündigte die EU ein Global-Gateway-Investitionspaket von „Team Europa“ in Höhe von 12 Mrd. EUR an, begleitet von einer Absichtserklärung zu kritischen Rohstoffen, die auf nachhaltigen Verkehr, grüne Energie, digitale Konnektivität und die Wasserversorgung abzielt. Dies führte zu acht neuen Verträgen zur Verbesserung der multimodalen Verbindungen zwischen Zentralasien und Europa.

Auf dem ersten Wirtschaftsforum EU-Pazifik in Fidschi kündigte die EU Investitionen in Höhe von fast 300 Mio. EUR im Rahmen von Global Gateway für Klimaresilienz, nachhaltiges Wachstum, Verkehr, digitale Konnektivität, Wasser, erneuerbare Energien und Handelsentwicklung in der gesamten Pazifik-Region an und positionierte damit die Green-Blue Alliance¹⁹ als Leitinitiative für die Region.

Im Jahr 2025 stellte die EU mehr als 163 Mio. EUR an lebensrettender Unterstützung in Afghanistan bereit und lieferte 390 Tonnen medizinischer Güter und Nahrungsmittel, um den Bedarf der afghanischen Bevölkerung zu decken.

Amerika und karibischer Raum

Das vierte Gipfeltreffen zwischen der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) und der EU fand im November 2025 in Kolumbien statt, begleitet von Foren der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Die Führungsspitzen bekräftigten die strategische Bedeutung der Partnerschaft zwischen der EU und der CELAC und legten Prioritäten fest, unter anderem im Rahmen der Global-Gateway-Investitionsagenda (GGIA) EU-LAK. Trotz eines schwierigen geopolitischen Kontexts haben die EU und die CELAC eine Gemeinsame Erklärung und zwei ergänzende Erklärungen zur Sicherheit, sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger angenommen,

¹⁷ https://www.eeas.europa.eu/eeas/eu-indo-pacific-strategy_en.

¹⁸ https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/eu-africa-india-digital-corridor_de.

¹⁹ https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/green-blue-alliance-pacific_de.

in denen ihr gemeinsames Engagement für Multilateralismus, Handel und Investitionen, den grünen und den digitalen Wandel, die soziale Inklusion sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Justiz und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität hervorgehoben werden.

Im Jahr 2025 umfasste die Umsetzung der GGIA mehr als 80 Projekte, wodurch die Position der EU als führender Investor in den LAK-Staaten bekräftigt und die Stärke des Konzepts „Team Europa“ unterstrichen wurde. Zu den Leitinitiativen gehören die regionale Stromintegration, die Satellitenkonnektivitätsinitiative „Condosat“ und das EU-LAK-Hochleistungsrechnernetz für KI. Seit Mai 2025 hat die EU den Status eines ständigen Beobachters in der Lateinamerikanischen und Karibischen Energieorganisation²⁰, um gemeinsam Fortschritte bei der Energiewende und im Bereich einer nachhaltigen Politik zu erzielen.

Die Zusammenarbeit zwischen der EU und karibischen Partnern wurde auch im Rahmen des Samoa-Abkommens und des dazugehörigen Karibik-Protokolls vertieft, wodurch der politische Dialog und die Entwicklungszusammenarbeit in einer erneuerten, langfristigen Partnerschaft verankert wurden.

Im karibischen Raum wurden im Rahmen der Global-Gateway-Initiative „Sargassum“ nationale Fahrpläne für die Verwertung von Sargassum entwickelt, wodurch eine ökologische Herausforderung zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Chance wurde.

Die Zusammenarbeit mit den USA konzentrierte sich im Rahmen von Public Diplomacy, Städtebeziehungen und Bildungsmaßnahmen auf den Austausch mit verschiedenen Gruppen und Ebenen von Interessenträgern über die Bundesbehörden hinaus. Auch in der Zusammenarbeit mit Kanada konnte sich die EU als vertrauenswürdiger und zuverlässiger Partner in Schlüsselbereichen wie Handel, Digitales sowie Verteidigung und Sicherheit positionieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Kooperation mit beiden Ländern lag zudem auf arktischen Angelegenheiten (Programm „Arctic Urban Regional Cooperation“ und Maßnahmen zur gezielten Einbeziehung junger Menschen).

In und um Venezuela, wo 58,6 % der Bevölkerung in extremer Armut leben, war die EU 2025 mit über 52 Mio. EUR der führende Geber humanitärer Hilfe.

In Barbados wurde ein neues humanitäres Lager eingerichtet, um die Krisenreaktionsfähigkeit der EU bei tropischen Wirbelstürmen, Überschwemmungen und Erdbeben in der Karibik und ihren Nachbarregionen zu stärken.

EU-Erweiterung (Westbalkan, Türkei, Ukraine, Republik Moldau, Georgien)

In dem im November angenommenen Erweiterungspaket 2025 wurde bestätigt, dass die Dynamik für die Erweiterung weiterhin ganz oben auf der EU-Agenda steht und dass der Beitritt neuer Mitgliedstaaten zunehmend in greifbare Nähe rückt, sofern die Partner grundlegende Reformen durchführen.

In den meisten Partnerländern des Westbalkans waren hinsichtlich der wesentlichen Elemente des Beitrittsprozesses stetige Fortschritte zu verzeichnen, wobei Montenegro und Albanien dem Ziel des Abschlusses der Verhandlungen näher kamen. Für die Ukraine und die Republik Moldau wurde das Screening-Verfahren (technische Prüfung des EU-Besitzstands) 2025 abgeschlossen, und die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Cluster „Wesentliche Elemente“, „Binnenmarkt“ und „Außenbeziehungen“ eröffnet werden können. Georgien ist formal nach wie vor ein Kandidatenland,

²⁰ <https://www.olade.org/en/>.

aber die jüngsten Maßnahmen der georgischen Behörden haben den Beitrittsprozess de facto zum Stillstand gebracht. Die Türkei ist nach wie vor ein Partner von strategischer Bedeutung und ein Kandidatenland, obwohl die Beitrittsverhandlungen zum Stillstand gekommen sind.

Die Kommission hat „eAccession“ entwickelt, ein innovatives KI-Instrument, das den Kandidatenländern dabei helfen soll, die Annäherung der Rechtsvorschriften zu beschleunigen und gleichzeitig Zeit und Ressourcen zu sparen.

Die EU unterstützte auch weiterhin die regionale wirtschaftliche Integration, unter anderem durch die Modernisierung von Zahlungssystemen sowie die Aufnahme Albaniens, Montenegros und Nordmazedoniens in die SEPA-Systeme durch den Europäischen Zahlungsverkehrsausschuss im Oktober 2025, wodurch die Transaktionszeiten und -kosten für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erheblich verringert wurden.

Die Ukraine-Fazilität und die Wachstumspläne für den Westbalkan und die Republik Moldau veranschaulichen, wie die EU politisches Engagement, finanzielle Unterstützung und Konditionalität kombiniert, um die Konvergenz mit der EU zu beschleunigen. Die Fazilitäten umfassen 6 Mrd. EUR an Finanzhilfen und Darlehen für den Westbalkan und 1,9 Mrd. EUR für Moldau, wobei die Finanzierung an die Umsetzung gemeinsam vereinbarter Reformagenden und die schrittweise Integration in ausgewählte Bereiche des Binnenmarkts geknüpft ist. Bis Ende 2025 wurden Reformagenden für alle Partner angenommen, und an Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Moldau wurde die Vorfinanzierung ausgezahlt.

Die vollständige Angleichung der Partner an die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der restriktiven Maßnahmen der EU, wurde gefördert. Die EU ihrerseits reagierte auf die Forderungen der Partner, ihre Resilienz und Sicherheit gegenüber hybriden und anderen Bedrohungen zu stärken.

Zudem setzte die EU ihre erhebliche Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei fort, wofür Rahmen des Haushalts für den Zeitraum 2025-2027 1,3 Mrd. EUR bereitgestellt wurden, während 2025 ein neues „Visa-Kaskadensystem“ eingeführt wurde, um Bona-fide-Reisenden aus der Türkei das Reisen im Schengen-Raum zu erleichtern.

Europäische Nachbarschaft

Östliche Nachbarschaft

In der östlichen Nachbarschaft, die durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gekennzeichnet ist, setzte die EU ihre bilaterale oder regionale Zusammenarbeit mit Partnerländern der Region (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine) fort. Die Östliche Partnerschaft bot allen Teilnehmern weiterhin einen bewährten und effizienten Rahmen für die Zusammenarbeit. Gegenüber Belarus setzte die EU ihre Politik des Drucks auf die Behörden fort und unterstützte gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft und die unabhängigen Medien.

Im Rahmen des Programms „Support to Advanced Learning and Training (SALT I-III)“ werden belarussische Studierende, Dozenten und Wissenschaftler unterstützt, die gezwungen sind, vor dem Regime zu fliehen. Dabei handelt es sich um eine strategisch wichtige Initiative zur Erhaltung des intellektuellen Potenzials von Belarus.

Die Global-Gateway-Strategie und die mehrjährigen Aktionspläne 2025-2027 für die östliche Nachbarschaft bleiben für die Unterstützung von Resilienz, Konnektivität und sozioökonomischer Entwicklung auch weiterhin extrem wichtig. Die neu genehmigten mehrjährigen Aktionspläne (ohne die Hilfe für die Ukraine) umfassen Zusagen mit einem Gesamtvolumen von 668,2 Mio. EUR.

Im Mai wurde ein neuer strategischer Ansatz für den Schwarzmeerraum²¹ angenommen, und im Oktober wurde eine Konnektivitätsagenda gebilligt, die Europa über den Schwarzmeerraum, die Türkei und den Südkaukasus mit Zentralasien verbindet und eine wichtige Grundlage für eine engere Zusammenarbeit mit den Partnern im Südkaukasus in den Bereichen nachhaltiger Verkehr, Energie und digitale Verbindungen bietet.

Südliche Nachbarschaft und Naher Osten/Golfregion

Wohlstand, Vernetzung, Resilienz, Frieden und Stabilität in Nordafrika, im Nahen Osten und in der Golfregion liegen im strategischen Interesse der EU.

Im Jahr 2025 erweiterte die EU ihr Instrumentarium um neue Initiativen, insbesondere durch den Pakt für den Mittelmeerraum²² und die Vereinbarung einer Reihe strategischer und umfassender Partnerschaften, um kohärentere und stärker wirkungsorientierte Maßnahmen in der gesamten Region zu ergreifen. Eine spezielle Generaldirektion für den Nahen Osten, Nordafrika und die Golfregion fungiert als Drehscheibe für die Beziehungen der Kommission zu 19 Partnerländern und ist inzwischen voll funktionsfähig.

Der Krieg im Gazastreifen ist weiterhin Ursache einer schweren humanitären Krise, weitreichender Zerstörungen und zunehmender Instabilität im Nahen Osten. Die EU berief im November 2025 die erste Sitzung der Gebergruppe für Palästina ein, legte gleichzeitig ein umfassendes Programm für den Wiederaufbau und die Resilienz Palästinas im Zeitraum 2025-2027 vor und schlug restriktive Maßnahmen als Reaktion auf Aktionen vor, die die Zweistaatenlösung untergraben.

Die EU ist nach wie vor der größte internationale Geldgeber und Geber humanitärer Hilfe für die Palästinenserinnen und Palästinenser und hat im Jahr 2025 insgesamt 220 Mio. EUR an humanitärer Soforthilfe bereitgestellt. Zusätzlich zu den Finanzmitteln erhielt die EU ihre operative Unterstützung durch Luftbrückenflüge, medizinische Evakuierungen und Hilfslieferungen auf dem Landweg aufrecht.

In der Golfregion wurden allen sechs Mitgliedern des Golf-Kooperationsrates Abkommen über eine strategische Partnerschaft angeboten; fünf von ihnen hatten bis Ende 2025 positiv reagiert, und mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar wurden Verhandlungen aufgenommen.

Das Unterseekabelsystem Medusa ist ein transformatives Projekt für die regionale und internationale Telekommunikation, über das zwischen Europa und Nordafrika zuverlässige Verbindungen mit hoher Kapazität hergestellt werden.

Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG)

Die 13 überseeischen Länder und Gebiete sind Gebiete ohne staatliche Souveränität, die besondere verfassungsrechtliche Verbindungen zu Dänemark, Frankreich und den Niederlanden unterhalten und Teil der größeren europäischen Familie sind. Als große ausschließliche Wirtschaftszonen mit Zugang

²¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1348.

²² JOIN(2025) 26 vom 16. Oktober 2025 https://north-africa-middle-east-gulf.ec.europa.eu/joint-communication-pact-mediterranean_de.

zu wichtigen natürlichen Ressourcen, darunter kritischen Rohstoffen, sowie zu bedeutenden Meereszonen und Schifffahrtswegen werden diese Gebiete für die EU vor allem in strategischer Hinsicht immer wichtiger.

Gemäß dem Übersee-Assoziationsbeschluss einschließlich Grönlands ist für den Zeitraum 2021-2027 ein Betrag von 500 Mio. EUR für die Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ÜLG und die Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts an biologischer Vielfalt vorgesehen. Die Kommission hat eine Änderung des Beschlusses vorgeschlagen, wodurch die den ÜLG für den Zeitraum 2028-2034 zugewiesenen Mittel auf 999 Mio. EUR verdoppelt werden sollen.

Im Jahr 2025 wurden die Beziehungen zu Grönland vor dem Hintergrund eines gestiegenen internationalen Interesses für die Arktis weiter ausgebaut und intensiviert. Dies betrifft Bereiche wie kritische Rohstoffe, erneuerbare Energien, Konnektivität sowie Bildung und Fischerei. Im Rahmen der Partnerschaft zwischen der EU und Grönland fanden zwei Politikdialoge, hochrangige Besuche und die erste EU-Grönland-Woche im November in Brüssel statt.

2025 war das abschließende Jahr der Umsetzung des ersten Aktionsplans für die Wasserpolitik Französisch-Polynesiens (2021-2030). Zu den Ergebnissen gehörten eine Erhöhung der Zahl der Gemeinden, die Trinkwasser verteilen, weitere Maßnahmen zur Sicherung von Wassereinzugsgebieten und die Stärkung der Sektorverwaltung durch einen voll funktionsfähigen technischen Ausschuss. Ein zweiter Aktionsplan ist für den Zeitraum 2026-2030 geplant.